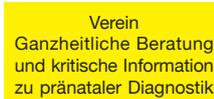
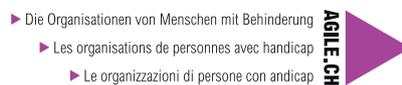


Medienmitteilung

SPERRFRIST: Donnerstag, 10.12.2015, 10.00 Uhr

Das Fortpflanzungsmedizingesetz kommt vors Volk

Bern, 10. Dezember 2015



Die 18 sozial engagierten Organisationen, die das Referendum gegen das Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) unterstützt haben, sind erfreut. Heute um 10.00 Uhr überreichen sie der Bundeskanzlei ihren Anteil an den Unterschriften. Jetzt kommt das Gesetz nach der Verfassungsänderung vors Volk. Dies ermöglicht eine vertiefte gesellschaftliche Diskussion über die Möglichkeiten und Gefahren der Fortpflanzungsmedizin.

18 Organisationen reichen unter dem Motto: «Vielfalt statt Selektion» heute die gesammelten Unterschriften für das Referendum gegen das revidierte Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) ein. Den beteiligten Organisationen geht das vorliegende FMedG deutlich zu weit. Das Zustandekommen des Referendums zeigt, dass weite Kreise der Schweizer Bevölkerung einer zu offenen Anwendung der Fortpflanzungsmedizin gegenüber kritisch eingestellt sind.

Gesetz tritt vorerst nicht in Kraft

Das Gesetz lag bereits fertig ausgearbeitet vor, und zwar noch vor dem Grundsatzentscheid in der Verfassungsabstimmung. In welchem Rahmen sollen genetische Untersuchungen an Embryonen im Reagenzglas erfolgen dürfen? Das Gesetz lässt eine fast schrankenlose Anwendung der Präimplantationsdiagnostik (PID) zu. Alle Paare – auch ohne erbliche Vorbelastung –, die sich für eine künstliche Befruchtung entscheiden, dürfen gemäss dem jetzigen Gesetz die genetische Untersuchung der Embryonen im Reagenzglas anwenden. Mittels des sogenannten Chromosomen-Screenings können zudem spontan auftretende Anomalien wie Trisomie 21 beim Embryo erkannt und die betroffenen Embryonen aussortiert werden. Die jetzige Regelung bezüglich Zielgruppe und Indikation bei der Inanspruchnahme der PID spürt den Weg vor, die Diagnostik als Standardverfahren bei künstlichen Befruchtungen anzubieten.

Diese Praktik zwingt jedoch zu einer vom Einzelfall entkoppelten, vorgefassten Unterscheidung in «gute» und «schlechte» Embryonen. Wollen wir uns als Gesellschaft auf solch allgemeine Werturteile, die der Diskriminierung von Menschen Vorschub leisten, einlassen? Dazu sagten die 18 Organisationen NEIN. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben nun die Möglichkeit, sich mit diesen ethisch relevanten Fragen eingehend zu beschäftigen.

Dialog und klare Schranken

Das zustande gekommene Referendum macht nun den Weg frei für eine vertiefte gesellschaftliche Diskussion über die Entwicklungen in der Fortpflanzungsmedizin und darüber, wie wir als Gesellschaft diese Möglichkeiten einsetzen wollen. Menschen mit vorgeburtlich diagnostizierbaren Besonderheiten müssen selbstverständlich Platz haben in unserer Gesellschaft. Ihr Dasein darf nicht in Frage gestellt werden.

In der Referendumsabstimmung über das FMedG wird sich die Möglichkeit bieten, einen anderen Weg einzuschlagen.

Für eine inklusive, solidarische Gesellschaft: Vielfalt statt Selektion!

Für Rückfragen

Heidi Lauper

insieme Schweiz
Tel. 031 300 50 20
mobil 079 275 52 65
hlauper@insieme.ch

Pascale Steck

biorespect
Tel. 061 692 01 01
info@biorespect.ch

Suzanne Auer

Agile.ch
Tel. 031 390 39 30
mobil 079 592 00 32
suzanne.auer@agile.ch

Marie-Thérèse Weber-Gobet

Procap Schweiz
Tel. 079 508 72 94
weber-gobet@procap.ch